

Die Gäubahn setzt ein Zeichen für Europa

Schwarzwälder Bote vom 04.06.09

Schwarzwald-Baar-Kreis. Die Kommunalwahlen am 7. Juni drängen die Europawahlen, die zeitgleich stattfinden, fast in den Hintergrund. Welche Bedeutung Europa für die Region hat und warum die Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen sollten, dazu äußert sich der Europaabgeordnete Andreas Schwab (CDU) im Interview.

Für Zuschüsse zum Gäubahn-Ausbau haben Sie sich auf europäischer Ebene stark gemacht. Sehen Sie die Gäubahn als wirklich europäische Verbindung?

In meinem Wahlkreis gibt es zwei große Eisenbahnverbindungen: Basel-Karlsruhe und Zürich-Singen. Natürlich ist mit dem vierspurigen Ausbau der Rheintalbahn klar, dass diese Strecke wichtiger ist, aber mir ist es wichtig, auch in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ein konkretes Beispiel zu haben, dass Europa nicht weit weg ist. Deshalb habe ich mich in Gesprächen mit der Kommission dafür eingesetzt, die Strecke Zürich-Stuttgart als Ausweichverbindung zu stärken und mit dazu beitragen, dass wir den Anschluss an die moderne Infrastruktur erhalten.

Wie ist es möglich, Strukturpolitik zugunsten des ländlichen Raums, wie ihn die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg darstellt, und nicht nur für Metropolregionen in Brüssel durchzusetzen?

Die Förderung der Metropolregionen soll dem Ziel dienen, Kirchturmdenken zu überwinden und Doppelstrukturen zu vermeiden. Genau deshalb ist es wichtig, dass wir in allen wichtigen Infrastrukturbereichen den Anschluss nicht verpassen. Die EU denkt in großen Räumen. Da bislang keinerlei Sonderförderung für Metropolregionen besteht, sind wir im ländlichen Raum nicht benachteiligt. Das muss auch so bleiben.

Für Stuttgart 21 wurden aber einige EU-Millionen locker gemacht...

Das ist richtig. Auch die EU beteiligt sich mit Mitteln an Stuttgart 21. Der Umbau des Bahnhofs ist ja auch ein Streckenhalt auf der Magistrale Paris-Budapest.

Inwieweit sind EU-Fördergelder für den Straßenbau, etwa für den Lückenschluss zwischen B33 und B523, zu erwarten?

Die EU fördert in den alten Mitgliedstaaten nur noch solche Verbindungen, die grenzüberschreitende Bedeutung haben. Dazu zählen die großen Straßenprojekte im Schwarzwald-Baar-Kreis leider nicht. Für Bundesstraßen wird es deswegen auf absehbare Zeit keine europäischen Mittel geben. Dafür muss vor Ort bezahlt werden. Es gibt so viele Mitgliedsstaaten, die dringender Straßensanierungen benötigen. Die EU hat auch in den vergangenen Jahren sehr wenig Geld für den Straßenausbau ausgegeben. Die Investitionen sind stärker zukunftsorientiert. Wichtiger sind etwa Bahn oder Datenverbindungen. Die Förderung der EU bezieht sich in den alten Mitgliedsstaaten auf Infrastrukturen der Zukunft.

Wie steht es um die Förderung des schnellen Internets?

Die EU hat alles auf eine Karte gesetzt und den Ausbau des Internets voll förderfähig gemacht. Wir können jedoch die Förderprogramme nur zur Verfügung stellen, die

Länder müssen sich um die Umsetzung bemühen. Auf die konkrete Ausgestaltung hat die EU keinen Einfluss. Baden-Württemberg hat an der alten ELR Förderung festgehalten. Dennoch wird der Ausbau bei uns fortgeführt.

...dank des Konjunkturprogramms II. Werden denn danach wieder Mittel der EU fließen?

Die Programme EFRE, ELR werden fortgesetzt, sie haben auch ihren Zweck. Nichts hindert das Land aber daran, die Förderschwerpunkte zu verändern. Nur: Es werden auf Dauer nicht mehr EU-Mittel nach Baden-Württemberg fließen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, jene Arbeitsplätze, die in unserer Region direkt vom Export in den europäischen Binnenmarkt abhängen, wettbewerbsfähig zu erhalten. Immerhin sind das zwei Drittel der Arbeitsplätze in unserer Region. Wir müssen Bürokratie abbauen und dafür sorgen, dass keine neuen Hürden von den Mitgliedsstaaten aufgebaut werden.

Welche Strategie verfolgen Sie als Abgeordneter, um die Infrastruktur in Villingen-Schwenningen und Umgebung zu stärken?

Gäubahn und schnelles Internet sind das eine, die Förderung für die Landwirtschaft das andere. Aber natürlich kann die beste Infrastruktur nur dann bestehen, wenn wir unsere Chancen im Binnenmarkt nutzen und die Unternehmen in unserer Region wettbewerbsfähige Arbeitsplätze auch in Zukunft zur Verfügung stellen.

Werden Sie sich für Forschungsmittel für die Hochschulen des Landkreises einsetzen?

Mit dem Forschungsrahmenprogramm haben wir die Möglichkeiten, für Projekte, die in Kooperation zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen durchgeführt werden, erheblich verbessert und gleichzeitig versucht die Antragsstellung unbürokratischer zu machen. Davon profitieren auch die Forschungseinrichtungen im Schwarzwald-Baar Kreis.

In der Finanzkrise sorgen Sparkassen für Stabilität. In Brüssel hält man aber nicht viel von dem Bankmodell. Was sagen Sie der hiesigen Sparkasse und ihren Kunden dazu?

Die Sparkassen arbeiten nach dem Regionalprinzip und haben öffentliche Eigentümer – daran hat die EU nie etwas auszusetzen gehabt. Sie sind komplett außen vor. Das Problem sind die Landesbanken, die sich in den 80er- und 90er-Jahren lieber in Dublin als in Dauchingen betätigt haben. Doch die Geschäfte einer Bank dürfen nur dann vom Steuerzahler abgesichert werden, wenn sich die Bank am Regionalprinzip orientiert. Die Sparkassen haben daher nur mittelbar als Teileigentümer der Landesbanken Schwierigkeiten.

Thema Vogelschutzgebiete: Wann werden diese von der EU festgelegt?

Die EU legt diese Gebiete nicht fest, sie weist sie nur aus. Deswegen muss das Land den Status dieser so genannten »faktischen« Vogelschutzgebiete ändern und durch eine gesetzliche Grundlage sicherstellen, dass Eingriffe unter bestimmten Bedingungen erlaubt sind.

Wann erwarten Sie zur Lärmbelastung durch den Flughafen Zürich eine Entscheidung vom EuGH?

Nicht vor Ende des Jahres. Kein Land, das eine wirtschaftliche Einrichtung an der Grenze positioniert, darf die Nachteile dem Nachbarland aufbürden. Der Flughafen Zürich wurde zu wenig grenzüberschreitend geplant. Das gleiche gilt übrigens für die Flugraumkontrolle. Sie muss auch nach EU-Recht eine hoheitliche Aufgabe bleiben. Klar ist aber auch, dass im europäischen Luftraum Kleinstaaterei zu Unfällen führen kann und wir deshalb den europäischen Luftraum besser organisieren müssen. Wir brauchen eine gesetzliche Grundlage, die festlegt, wer die Flugraumkontrolle übernimmt. Aus meiner Sicht muss der Bundestag darüber entscheiden, wer am Ende die Flugraumkontrolle in unserem Gebiet übernimmt.

Was halten Sie von der Privatisierung der deutschen Flugsicherung?

Die EU hat niemandem vorgeschrieben, wen er beauftragen darf. Wir müssen das System insgesamt sicherer machen, die Aufgabe muss deswegen auf seriöse private Anbieter übertragen werden können.

Wie kann aus Ihrer Sicht EU-Politik besser kommuniziert werden?

In kleinen Schritten sind wir schon vorwärts gekommen. Wir müssen Europa von der abstrakten Ebene herunterbekommen. Konkrete Beispiele können dem Bürger zeigen, was Europa für ihn tut. Mehr als 50 Prozent der EU-Bürger finden den Euro gut, und er hat uns in der aktuellen Finanzkrise übrigens vor Schlimmerem bewahrt. Ich versuche den Menschen klar zu machen, wo sie auch im Alltag von Europa profitieren.

Warum sollten Bürger zur EU-Wahl gehen?

Um den direkten Draht zwischen Brüssel und ihrem Wahlkreis zu stärken. Europa ist wichtig, es sollten die Richtigen in Europa die Entscheidungen treffen.

Macht Europapolitik eigentlich Spaß?

Absolut! Ich finde es spannend, skeptische Bürger überzeugen zu müssen. Mit Ehrlichkeit, Klugheit, Charme können Themen erklärt werden. Es macht Freude, Leute zu überzeugen. Ich hoffe, eines Tages alle Bürger in meinem Wahlkreis zu erreichen.